

Landeshauptstadt Magdeburg - Der Oberbürgermeister -		Datum 07.07.2014
Dezernat II	Amt FB 02	Öffentlichkeitsstatus öffentlich

I N F O R M A T I O N

I0042/14

Beratung	Tag	Behandlung
Der Oberbürgermeister	16.07.2014	nicht öffentlich
Finanz- und Grundstücksausschuss	10.09.2014	öffentlich
Stadtrat	02.10.2014	öffentlich

Thema: Inanspruchnahme der Haushaltsmittel per 31.12.2013

1. Gesamteinschätzung konsumtiver Haushalt

1.1 Ergebnishaushalt

Das Ergebnis des konsumtiven Haushaltes per 31.12.2013 ist positiv und setzt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt zusammen:

- in EUR -

	Ergebnis 31.12.2012	Ergebnis 31.12.2013
Ordentliche Erträge	584.469.039,33	603.243.142,86
Außerordentliche Erträge	3.211.253,04	12.849.504,43
Ordentliche Aufwendungen	-580.160.290,12	-588.537.688,17
Außerordentliche Aufwendungen	-1.148.033,36	-20.228.132,59
<i>Ergebnis:</i>		
Ordentliches Ergebnis	4.308.749,21	14.705.454,69
Außerordentliches Ergebnis	2.063.219,68	-7.378.628,16
<u>Jahresergebnis</u>	<u>6.371.968,89</u>	<u>7.326.826,53</u>

Die verfügbaren Haushaltsmittel im Ertrags- und Aufwandsbereich setzen sich aus den Planansätzen, aus den durch üpl- und apl-Anträgen bereitgestellten Mitteln sowie aus den übertragenen Aufwandsermächtigungen aus dem Jahr 2012 zusammen.

Der Haushaltsvergleich stellt sich wie folgt dar (auf EUR gerundet):

- in EUR -

	fortge- schriebener Ansatz 2013	Erträge/Auf- wendungen 31.12.2013	Erfüllung 31.12.2013 in %	Vergleich absolut 31.12.2013
Erträge				
Ordentliche Erträge	602.373.046	603.243.143	100,14	870.097
<i>darunter:</i>				
Planansatz 2013	560.707.357			
Deckung üpl-apl-Anträge	41.665.689			
Haushaltsreste, -sperre	0			
Außerordentliche Erträge	12.548.991	12.849.504	102,39	300.513
Deckung üpl-apl-Anträge	12.548.991			
Aufwendungen				
Ordentliche Aufwendun- gen	598.396.460	588.537.688	98,35	-9.858.772
<i>darunter:</i>				
Planansatz 2013	560.679.641			
Deckung üpl-apl-Anträge	31.305.598			
Haushaltsreste	6.411.221			
Sperrvermerke	0			
außerordentliche Auf- wendungen	20.445.620	20.228.132	98,93	-217.488
Deckung üpl-apl-Anträge	19.945.620			
Ergebnis	-3.920.044	7.326.826		11.246.870
<i>darunter:</i>				
Planansatz Ergebnis	27.716			

Gesamtstädtisch betrachtet, stehen nach dem aktuellen Stand der Haushaltsrechnung, ausgehend von den verfügbaren Mitteln (HH-Ansatz/HH-Rest/ÜPL/APL/Sperrungen), den Erträgen des konsumtiven Haushaltes in Höhe von 100,14 % Aufwendungen in Höhe von 98,35 % gegenüber. Der geplante Rahmen wird damit ertragsseitig über- und aufwandsseitig unterschritten.

1.1.1 Erträge

- in EUR -

Position (Sach- konten)	Bezeichnung	Planansatz 2013	Fortge- schriebener Ansatz 2013*	Ergebnis 31.12.2013	Vergleich fortge- schriebener Ansatz/ Ergebnis
01 (401-405, 436)	Steuern und ähnliche Abgaben	210.814.300	222.068.404	227.272.724	5.204.320
02 (411-419)	Zuwendungen und all- gemeine Abgaben	220.460.320	226.096.418	223.291.767	-2.804.651
03 (421-429)	Sonstige Transfererträge	17.974.300	18.285.684	15.815.841	-2.469.843
04 (431-436)	Öffentlich - rechtliche Leistungsentgelte	23.376.500	28.244.137	28.840.823	596.686
05 (441-448)	Privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen	22.421.062	25.382.583	25.421.121	38.538
06 (451-459)	Sonstige ordentliche Erträge	46.165.776	55.909.048	56.448.816	539.769
07 (461-469)	Finanzerträge	19.495.100	26.386.773	26.152.051	-234.722
08 (471-472)	Aktivierete Eigenleistung	0	0	0	0
Gesamt	Ordentliche Erträge	560.707.358	602.373.046	603.243.143	870.097

* inkl. üpl/apl Erträge (im Zeitraum 01.01.2013 – 31.12.2013)

Hier wird eine Übersicht der wesentlichen Abweichungen dargestellt.

Position 01 – Steuern und ähnliche Abgaben:**Mehrerträge u. a. durch:**

Sachkonto	- in EUR -
Grundsteuer B	1.009.043
Gewerbesteuer	8.449.809
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	625.049
Vergnügungssteuer	760.321
Leistungen wg. Umsetzung der Grundsicherung Arbeitssuchen- der	2.550.755
Leistungen a. d. Ausgleich v. Sonderleistungen bei Zusammen- führung Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe	650.309

Mindererträge u. a. durch:

Sachkonto	- in EUR -
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	270.215

Wesentliche Mehrerträge entstanden bei der Gewerbesteuer i. H. v. 8,4 Mio. EUR durch erhebliche Nachzahlungen für Vorjahre und beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer i. H. v. 3,4 Mio. EUR sowie bei den Abschlagszahlungen gemäß §§ 1 und 2 des SGB II (Leistungen zur Umsetzung der Grundsicherung Arbeitssuchender und aus dem Ausgleich von Sonderleistungen bei Zusammenführung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe) i. H. v. 3,2 Mio. EUR.

Position 02 - Zuwendungen und allgemeine Umlagen :**Mehrerträge u. a. durch:**

Sachkonto	- in EUR -
Ergänzungszuweisungen vom Land - Schülerbeförderung (FAG)	939.388
Zuweisungen für laufende Zwecke vom Land (DKSOZ)	502.965
Zuweisungen für laufende Zwecke vom Land - Städtebauförderung (DKSTÄDTEBAU)	257.319

Mindererträge u. a. durch:

Sachkonto	- in EUR -
Ergänzungszuweisungen vom Land – Grundsicherung für Arbeitssuchende (§ 7 FAG)	447.616
Ergänzungszuweisungen vom Land - Aufgaben Sozialhilfe (§ 8 FAG)	324.230
Zuweisungen für laufende Zwecke vom Land – Schülerbeförderung	1.137.936
Zuweisungen für laufende Zwecke vom Land - ÖPNV (DKU-DÖPN)	380.876
Zuweisungen für laufende Zwecke vom Land - DKEÜERA	2.330.200

Im Rahmen der Umsetzung der Finanzstatistikanforderungen erfolgte eine Sachkontenverschiebung im Bereich der FAG-Zahlungen §§ 9 und 10 (Schülerbeförderung) innerhalb der Ergebnisposition 02 „Zuwendungen und allgemeine Umlagen“. Damit stehen den Mindererträgen i.H.v. 1,1 Mio. EUR Mehrerträge i.H.v. 0,9 Mio. EUR gegenüber und ergeben ein Saldo von 0,2 Mio. EUR.

Im Konto „Zuweisungen für laufende Zwecke vom Land (DKSOZ)“ beruhen die Mehrerträge i. H. v. 0,5 Mio. EUR auf den Erstattungen für die Grundsicherung im Alter mit einem Anteil von 75 %.

Mehrerträge konnten bei den Zuweisungen für laufende Zwecke vom Land im Rahmen der Städtebauförderung i. H. v. 0,25 Mio. EUR verzeichnet werden. Entgegen der Antragstellung für das Programmjahr 2013 wurden Mittel für das Haushaltsjahr 2013 bewilligt (Stadtumbau Ost Altstadt und Leipziger Straße).

Mindererträge entstanden bei den Ergänzungszuweisungen vom Land für die Grundsicherung für Arbeitsuchende und für die Aufgaben der Sozialhilfe i. H. v. 0,76 Mio. EUR gemäß Festsetzungsbescheid vom 24.04.2013.

Die Zuweisungen für laufende Zwecke vom Land für den öffentlichen Personennahverkehr i. H. v. 0,38 Mio. EUR wurden für das Haushaltsjahr 2013 höher eingeplant, als sie eigentlich benötigt wurden. Da diese Mittel zweckgebunden sind und mit den Aufwendungen verrechnet wer-

den, werden diese durch Bildung eines passiven Rechnungsabgrenzungspostens in das Haushaltsjahr 2014 übertragen (siehe auch Ergebnisposition 14 „sonstige ordentliche Aufwendungen“).

Mindererträge ergeben sich auch im Bereich der Zuweisungen vom Land für die geplante Eisenbahnüberführung der Ernst-Reuter-Allee i. H. v. 2,3 Mio. EUR aufgrund eines fehlenden Fördermittelbescheides. Hier ist von einer Förderung im Folgejahr auszugehen.

Position 03 – Sonstige Transfererträge:

Mehrerträge u. a. durch:

Sachkonto	- in EUR -
Leistungen von Sozialleistungsträgern a. v. E. Kindergeld (DKSOZ)	155.938

Mindererträge u. a. durch:

Sachkonto	- in EUR -
Übergeleitete Unterhaltsansprüche § 7 UVG (DKUDUVG)	781.635
Wohngeldrückerstattungen vom Land (DKWOHN)	2.020.059

Mehrerträge ergaben sich im Bereich des Kindergeldes aus den Leistungen von Sozialleistungsträgern i. H. v. 0,15 Mio. EUR.

Für die übergeleiteten Unterhaltsansprüche gemäß § 7 UVG (DKUDUVG) wurden aufgrund der neuen Verwaltungspraxis nur noch Erträge gebucht, die tatsächlich kassenwirksam waren. Daraus entstanden Mindererträge i. H. v. 0,8 Mio. EUR.

Die Mindererträge aus Wohngeldrückerstattungen vom Land (DKWOHN) i. H. v. 2,0 Mio. EUR entstanden aus einer Rechtsänderung des SGB II im Gebiet des Wahlrechts (weitere Erläuterungen dazu unter Pkt. 2.1.4).

Position 04 – öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte:

Mehrerträge u. a. durch:

Sachkonto	- in EUR -
Verwaltungsgebühr – Einnahme aus Ersatzvornahmen	492.632
Benutzungsgebühr Rettungsdienst - Einsatz RTW	596.437

Mindererträge u. a. durch:

Sachkonto	- in EUR -
Benutzungsgebühr Rettungsdienst - Einsatz BF ITW	343.206

In der Ergebnisposition 04 ergaben sich Mehrerträge i. H. v. 1,1 Mio. EUR. Die Ursache hierfür liegt in erster Linie in den überplanmäßigen Erträgen für Ersatzvornahmen im Bereich des Ordnungsdienstes (+21.417 EUR), des Gesundheitsamtes (+43.530 EUR) und des Bauordnungsamtes (+431.260 EUR) sowie in den Benutzungsgebühren im Rettungsdienst beim Einsatz von Rettungswagen.

Mindererträge sind u. a. beim Einsatz des Intensivtransportes entstanden. Seit dem 01.01.2013 wird der Intensivtransportwagen durch die Landeshauptstadt nicht mehr betrieben. Die erzielten Einnahmen für Intensivverlegungen beruhen aus der Nutzung des Fahrzeuges als Verlegungsrettungswagen. Die Nutzung wurde zum 30.04.2013 eingestellt.

Position 05 – privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen:**Mehrerträge u. a. durch:**

Sachkonto	- in EUR -
Erstattung von Sondervermögen/Beteiligungs-Rückzahlungen	237.249
Betriebskostenzuschuss	

Mindererträge u. a. durch:

Sachkonto	- in EUR -
Erträge aus Kostenerstattungen vom Bund- für WOGG (DKSOZ)	295.676

Mehrerträge im Bereich der Rückerstattungen von Betriebskostenzuschüssen aus dem Jahr 2012 ergaben sich aufgrund verbesserter wirtschaftlicher Leistungen gegenüber dem Planansatz u.a. beim EB KGm und dem Konservatorium.

Zu Mindererträgen kommt es bei den Kostenerstattungen vom Bund für WOGG (DKSOZ) aufgrund der Berechnungsgrundlage der Bundesbeteiligung (weitere Erläuterungen dazu unter Pkt. 2.1.4). Diese wurde von 5,4 Prozentpunkten rückwirkend zum Planansatz auf 2,3 Prozentpunkte gekürzt (siehe Information I0225/13).

Position 06 – sonstige ordentliche Erträge:**Mehrerträge u. a. durch:**

Sachkonto	- in EUR -
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen vom Bund	616.933
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen vom Land (zweckgebunden)	302.271
Bußgelder ruhender Verkehr	312.625
Erträge aus der Auflösung/Herabsetzung von Rückstellungen - Gerichtskosten	363.142
Erträge aus der Auflösung/Herabsetzung Einzelwertberechtigter Forderungen	871.011
Erträge aus der Auflösung/Herabsetzung Pauschalwertberechtigter Forderungen	3.058.536

Mindererträge u. a. durch:

Sachkonto	- in EUR -
Konzessionsabgaben - Strom (SWM)	471.749
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen vom Land gem. § 11a FAG	453.107
Kalkulatorische Hilfs-Sonderposten-Auflösung 2012 Anlagen im Bau (kalk. Sopo-Auflösung JA'12)	492.466

Erträge aus der Auflösung/Herabsetzung von Rückstellungen für Gerichtskosten werden nicht geplant. Je nach Sachverhalt können Mehrerträge in unbekannter Höhe entstehen.

Die Erträge aus der Auflösung/Herabsetzung einzelwert- und pauschalwertberechtigter Forderungen werden ebenfalls nicht geplant. Auch hier können je nach Sachverhalt Mehrerträge in unbekannter Höhe entstehen.

Die im Haushaltsjahr 2013 erzielten Mindererträge aus der Auflösung von Sonderposten werden größtenteils durch die erzielten Mehrerträge in diesem Bereich ausgeglichen, so dass sich in Summe lediglich Mindererträge i. H. v. 26.369 EUR ergaben. Diese resultierten insbesondere

aus den noch als erhaltenen Anzahlungen auf Sonderposten bilanzierten Einzahlungen für die noch nicht fertiggestellten/endaktivierten Anlagen im Bau.

Mindererträge im Bereich Konzessionsabgaben – Strom (SWM) entstanden aufgrund des Buchungsschlusses zum Jahresende 2013. Nachzahlungen werden dann im Haushaltsjahr 2014 periodenfremd verbucht. Da verbrauchsabhängig abgerechnet wird, kann zur Haushaltsplanung nur von einem Schätzwert ausgegangen werden. Weiterhin erfolgten die Nachzahlungen aus 2012 auf einem anderen Sachkonto, was ebenfalls für Mindererträge auf dem Konto „Konzessionsabgaben - Strom (SWM)“ verantwortlich war.

Position 07 - Finanzerträge:

Mindererträge u. a. durch:

Sachkonto	- in EUR -
Verzinsung von Steuernachforderungen der Kommune (DKSTEUER)	604.903

Durch Rationalisierungsmaßnahmen im Bereich der Steuerbescheiderfassung konnten Nachzahlungsbeträge und Verzinsungszeiträume gesenkt werden. Es ergaben sich bei den Verzinsungen Mindererträge i. H. v. 0,6 Mio. EUR.

1.1.2 Aufwendungen

- in EUR -					
Position (Sachkonten)	Bezeichnung	Planansatz 2013	fortgeschriebener Ansatz 2013*	Ergebnis 31.12.2013	Vergleich fortgeschriebener Ansatz/ Ergebnis
10 (501-508)	Personalaufwendungen	118.709.428	123.334.279	123.042.732	-291.547
11 (511-517)	Versorgungsaufwendungen	95.000	908.354	906.557	-1.797
12 (521-529)	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	28.193.675	33.762.396	31.672.092	-2.090.304
13 (531-539)	Transferaufwendungen, Umlagen	186.726.350	196.704.789	191.456.207	-5.248.582
14 (541-549)	Sonstige ordentliche Aufwendungen	164.323.822	181.606.926	180.502.661	-1.104.265
15 (551-559)	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	16.151.950	11.542.141	11.539.734	-2.407
16 (571-573)	Bilanzielle Abschreibungen	46.479.416	50.537.576	49.417.704	-1.119.872
Gesamt	Ordentliche Aufwendungen	560.679.641	598.396.461	588.537.687	-9.858.772

* inkl. üpl/apl Aufwendungen (im Zeitraum 01.01.2013 – 31.12.2013) und übertragene Aufwandsermächtigungen

Hier wird eine Übersicht der wesentlichen Abweichungen dargestellt.

Position 10 - Personalaufwendungen:

Minderaufwendungen u. a. durch:

Sachkonto	- in EUR -
Dienstaufwendungen für Beamte (DKPK)	327.608
Dienstaufwendungen für Arbeitnehmer (DKPK)	595.099

Mehraufwendungen u. a. durch:

Sachkonto	- in EUR -
sonst. Mehraufwendungen, u. a. Dienstaufwendungen, Beiträge für Versorgungskassen und Beihilfen für Beschäftigte	126.237
Beiträge gesetzlicher Sozialversicherung, Dienstaufwendungen für Arbeitnehmer (DKPK)	711.600

Die Personalaufwendungen liegen bei einem Erfüllungsgrad von 99,76 %.

Bei der Haushaltsplanaufstellung wurden für den Deckungskreis Personalkosten nicht die entsprechend der Mittelanmeldung angemeldeten Beträge in Höhe von 123.997.100 EUR eingestellt, sondern aufgrund von Erfahrungswerten 118.327.178 EUR. Diese Planungssumme beinhaltet eine Risikogröße von 3,0 Mio. EUR, die in der Haushaltsdurchführung 2013 konsolidiert werden sollte.

Der Konsolidierungsbedarf hat sich vor allem durch die Änderung des Umlagehebesatzes zur Aufbringung der Mittel im Versorgungsbereich der Beamten von 32,5 % auf 35 % (593.400 EUR) sowie die Änderung von AG-Anteilen in der Renten- und Pflegeversicherung (238.000 EUR), die anders als geplant eingetreten sind, erhöht. Darüber hinaus belastet eine Nachzahlung der Beamtenversorgung für die Jahre 2009 bis 2011 den Haushalt, welche aufgrund einer Korrektur des Zuschlagsfaktors durch den Kommunalen Versorgungsverband Sachsen-Anhalt i. H. von 73.229 EUR entstanden ist.

Bedingt durch die unterschiedliche zeitliche Planung der Kosten für den DKPK und des Stellenplanes konnten nicht alle Stellen des Stellenplanes 2013 finanziell untersetzt werden. Notwendig zu besetzende Stellen wurden zur Besetzung freigegeben, hierbei handelt es sich um finanzielle Auswirkungen in Höhe von 1.043.270 EUR.

Ab dem Haushaltsjahr 2014 erfolgt eine übereinstimmende Planung der Kosten und aller Stellen, so dass diese Diskrepanz dann nicht mehr in diesem Maße auftreten sollte. Weiterhin führt die Besoldungserhöhung der Beamten zum 01.07.2013 zu zusätzlichen Aufwendungen. Durch das diesjährige Juni-Hochwasser entstanden Zuschläge in Höhe von 38.320 EUR und Überstunden in Höhe von 155.690 EUR, die nicht vom Land Sachsen-Anhalt erstattet werden.

Ziel war es, dass ohne zusätzliche Mittel aus dem städtischen Haushalt die Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger in ausreichender Qualität erbracht werden, notwendige interne Aufgaben erledigt und das Personal der Landeshauptstadt Magdeburg ordnungsgemäß bezahlt werden kann. Dazu war es erforderlich, über Maßnahmen zur Reduzierung des finanziellen Aufwandes zu befinden, ohne die Leistungsfähigkeit der Verwaltung zu stark zu beeinträchtigen.

Da bisher mit dem Instrument der zeitweiligen Besetzungssperre gute monetäre Ergebnisse erzielt werden konnten, wurde die aus dem August 2010 diesbezüglich erlassene Verfügung

des Oberbürgermeisters aufrechterhalten. Hieraus resultiert eine Einsparung von 4.456.250 EUR.

Dem Deckungskreis Personalkosten wurden mit der DS0442/13 überplanmäßig 3.458.502 EUR zur Verfügung gestellt.

Innerhalb des Jahresabschlusses 2013 wurden folgende Rückstellungen gebildet:

- i. H. v. 73.500 EUR für das nicht ausgezahlte Leistungsentgelt (ATZ)
- i. H. v. 1.500.000 EUR Mehrstunden Amt 37
- i. H. v. 813.354 EUR für Aufstockungsbeträge Beamte und tariflich Beschäftigte
- i. H. v. 1.157.224 EUR für Erfüllungsrückstände.

Position 11 – Versorgungsaufwendungen:

Die Versorgungsaufwendungen wurden zum 31.12.2013 um 1.797 EUR unterschritten.

Position 12 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

Minderaufwendungen u. a. durch:

Sachkonto	- in EUR -
Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens (DKStädtebau)	389.810
Besondere Verwaltungs- / Betriebsaufwendungen Städtebaufördermaßnahmen (DKSTÄDTEBAU)	258.257

Für die Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens im DK Städtebau konnten die Mittel nicht in voller Höhe in Anspruch genommen werden. Gründe hierfür waren u. a. witterungsbedingte Verzögerungen und das Hochwasser im Juni 2013. Auch bei den Besonderen Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen wurden Mittel i. H. v. 0,26 Mio. EUR nicht vollständig beansprucht.

Position 13 – Transferaufwendungen, Umlagen:

Minderaufwendungen u. a. durch:

Sachkonto	- in EUR -
Zuschüsse an übrige Bereiche für Sonderbedarfe (DKKIFÖG)	272.841
Zuschüsse an übrige Bereiche für Jugendarbeit	466.910
Zuschüsse an übrige Bereiche für Investitionsfördermaßnahmen (DKSTÄDTEBAU)	428.326
Zuschüsse an übrige Bereiche – (DKEÜERA)	1.299.858
Sozialleistungen an natürliche Personen a. v. E. § 31 (DKHZE)	302.052
Elternbeitragserslass/-ermäßigung (DKKIFÖG)	1.265.905
Wohngeldleistungen nach WoGG an HE (DKWOHN)	2.009.781

Mehraufwendungen u. a. durch:

Sachkonto	- in EUR -
Zuschüsse an übrige Bereiche für freie Träger (DKKIFÖG)	1.215.787
Sozialleistungen an natürliche Personen - Tagespflege (DKKIFÖG)	280.293
Geldleistungen für laufende Leistungen § 3 AsylbLG (DKSOZ)	278.913
Geldleistungen für Taschengeld § 3 (1) AsylbLG (DKSOZ)	418.330
Leistungen bei Krankheit AsylbLG (DKSOZ)	384.905

Zuschüsse an übrige Bereiche für Sonderbedarfe (DKKIFÖG) beinhalten Kosten, welche aus den regulären Pauschalzahlungen nicht gedeckt werden, wie z. B. zusätzliche Umzugs- und Herrichtungskosten oder zusätzliche Mieten. Diese wurden in 2013 nicht vollständig benötigt. Zudem wurde die Eröffnung der Tageseinrichtung „Kleine Riesen Nord“ in das Jahr 2014 verschoben, womit die Mietzahlungen in 2013 nicht kassenwirksam wurden.

Minderaufwendungen ergaben sich auch in den Bereichen der Jugendarbeit i. H. v. 0,46 Mio. EUR.

Im DK Städtebau konnten die Fördermittelzuschüsse nicht vollumfänglich abgefordert werden. Die Maßnahmen werden in den Folgejahren fortgesetzt.

Die Zuschüsse an übrige Bereiche (DKEÜERA) konnten nicht in voller Höhe in Anspruch genommen werden, da Planungsleistungen aus unterschiedlichen Gründen nicht im vorgesehenen Umfang erbracht werden konnten und die Rechnungslegung somit erst im Haushaltsjahr 2014 erfolgen kann.

Ein Rückgang der Kosten für Sozialleistungen an natürliche Personen i. H. v. 0,3 Mio. EUR resultiert aus der Beendigung von 8 Betreuungsfällen gegenüber dem Vorjahr. Hier ergab sich eine Reduzierung von Betreuungs- bzw. Fachleistungsstunden aus den Hilfeplangesprächen.

Die Minderaufwendungen bei den Elternbeitragerlassen und -ermäßigungen entstanden aufgrund der Einführung des neuen KiFöG zum 31.07.2013. Die Erlasse und Ermäßigungen fanden ab dem 01.08.2013 durch die systembedingte Erhebung nach dem Nettoprinzip direkt beim Ertragskonto aus den Elternbeiträgen Berücksichtigung.

Durch die Rechtsänderung SGB II bei den Wohngeldleistungen (Einräumung eines Wahlrechts zur Beantragung von sogenanntem Kinderwohngeld) sind die Fallzahlen rückläufig. Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung 2013 konnte keine verlässliche Prognose bezüglich des Ausmaßes der Rechtsänderung getroffen werden. Es wurden lediglich Schätzwerte herangezogen. Der Minderaufwand beläuft sich somit auf ca. 2,0 Mio. EUR (weitere Erläuterungen dazu unter Pkt. 2.1.4).

Mehraufwendungen entstanden bei den Zuschüssen an übrige Bereiche für freie Träger (DKKiFöG) aufgrund der Zuschusserhöhung zum Ausgleich wegfallender Einnahmen der Träger aus bisherigen Elternbeiträgen sowie höherer Personalkostenzahlungen an die Träger (Auswirkungen des Ganztagsbetreuungsanspruches).

Weiterhin ergaben sich im DKKiFöG Kostenaufwüchse bei den Sozialleistungen an natürliche Personen - Tagespflege i. H. v. 0,28 Mio. EUR. Hier wurden die monatlichen Bezuschussungen an die steigenden Kinderbetreuungsbedarfe sowie Erhebungen der Kostenbeiträge angepasst.

Die Mehraufwendungen bei den Geldleistungen für laufende Leistungen, Taschengeld und bei Krankheit im DKSOZ i. H. v. ca. 1,08 Mio. EUR ergaben sich aufgrund erhöhter Zuwanderung von Asylbewerbern im Haushaltsjahr 2013.

Position 14 – Sonstige ordentliche Aufwendungen:

Minderaufwendungen u. a. durch:

Sachkonto	- in EUR -
Erstattung Sondervermögen (SFM) - Sanierung Vermögen der LH MD	1.169.678
Erstattung an verbundene Unternehmen (KID) - Rahmenvertrag	870.224
Erstattung an verbundene Unternehmen (SWM) - Medienschließung (Investitionsfördermaßnahmen)	476.257

Erstattung an verbundene Unternehmen MVB - ÖPNV- Investitionsfördermaßnahmen (DKUDÖPN)	354.405
Leistungsbeteiligung für Umsetzung Grundsicherung Arbeitssuchender - KdU (DKSOZ)	633.521
Weitere Sonstige Aufwendungen laufende Verwaltungstätigkeit (Zone IV KGE DKFEMERS)	300.000

Mehraufwendungen u. a. durch:

Sachkonto	- in EUR -
Erstattung verbundener Unternehmen - Investitionsfördermaßnahmen	264.160
Einstellung in Einzelwertberichtigte Forderungen (NS/Insolvenz)	3.385.355
Einstellung in Pauschalwertberichtigung von Forderungen	496.894

Aufgrund der prekären Hochwassersituation im Juni 2013 konnten ausgeschriebene Sanierungsarbeiten durch den SFM (Konto „Erstattung Sondervermögen (SFM) - Sanierung Vermögen der LH MD“) nicht durchgeführt werden. Diese Maßnahmen mussten verschoben werden. Die zweckgebundenen Mittel wurden als Aufwandsermächtigungen übertragen.

Die Minderaufwendungen beim Rahmenvertrag mit der KID i. H. v. 0,87 Mio. EUR resultieren überwiegend aus Verzögerungen bei verschiedenen IT-Projekten. Entsprechende Haushaltsübertragungen wurden vorgenommen.

Die Schlussrechnung der SWM für die Investitionsfördermaßnahme SKET/Freie Str. ergab in dem Bereich Erstattung an verbundene Unternehmen (SWM) - Medienschließung Minderaufwendungen i. H. v. 0,47 Mio. EUR. Hier konnten aufgrund einer kombinierten Ausschreibung für Gas, Wasser und Elektronik Kosten eingespart werden.

Im Bereich der ÖPNV – Investitionsfördermaßnahmen konnten nicht alle Vorhaben durchgeführt und somit die entsprechenden Mittel nicht an die MVB ausgereicht werden. Die zweckgebundenen Mittel aus Erträgen werden durch die Bildung eines passiven Rechnungsabgrenzungspostens den Folgejahren zur Verfügung gestellt (siehe auch Ergebnisposition 02 „Zuwendungen und allgemeine Umlagen“).

Minderaufwendungen i. H. v. 0,63 Mio. EUR ergaben sich bei der Leistungsbeteiligung für die Umsetzung der Grundsicherung Arbeitssuchender (KdU). In 2013 haben weniger Bedarfsgemeinschaften diese Leistungen erhalten, als im Planungszeitraum ermittelt wurde.

Bei der Entwicklungsmaßnahme Rothensee (Zone IV) wurden für sonstige Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit 0,30 Mio. EUR nicht in Anspruch genommen.

Mehraufwendungen im Bereich der Investitionsfördermaßnahmen ergaben sich bei der Fördermaßnahme Korbwerder Kraftwerk Süd. Aufgrund inhomogener Bodenbeschaffenheiten erhöhten sich im Rahmen der Beseitigung unvorhergesehen die Kosten.

Die Aufwendungen durch die Einstellung einzelwert- und pauschalwertberechtigter Forderungen werden, genau wie die Erträge aus der Auflösung/Herabsetzung einzelwert- und pauschalwertberechtigter Forderungen, nicht geplant. Auch hier können je nach Sachverhalt Mehraufwendungen in unbekannter Höhe entstehen.

Position 15 – Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen:

Die Position 15 „Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen“ weist zum 31.12.2013 eine Erfüllung von 99,98 % auf.

Position 16 – bilanzielle Abschreibungen:

Der ursprüngliche Planansatz der Abschreibungen für das gesamte Anlagevermögen in Höhe von 46,5 Mio. EUR wurde im Haushaltsjahr 2013 um rund 2,9 Mio. EUR überschritten. Diese Überschreitung wurde insbesondere durch im Haushaltsjahr 2013 erfolgte Endaktivierung/Inbetriebnahme der Anlagen im Bau der zurückliegenden Haushaltsjahre verursacht.

Darüber hinaus sind im Haushaltsjahr 2013 weitere außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen worden, die sich aus folgenden Sachverhalten ergeben haben:

- Ausbuchung diverser nicht aktivierungsfähiger Kosten aus dem Bestand der Anlagenbuchhaltung, die aufgrund der fehlerhaften Haushaltsplananmeldung der Fachbereiche/ Ämter im Haushaltsplan dem Investitionshaushalt zugeordnet waren und somit zunächst investiv verbucht wurden.

Diese mussten dann allerdings im Zuge der Vorbereitung der Endaktivierung/Inbetriebnahme der Anlagen im Bau durch den Fachbereich Finanzservice aufgrund ihrer fehlenden Aktivierungsfähigkeit außerplanmäßig aus dem Bestand der Anlagenbuchhaltung aufwandswirksam ausgebucht werden.

Weitergehende Erläuterungen hierzu sind im Abschnitt „1.4.3.1 – b) Sachanlagevermögen, hh) Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau“ enthalten.

- Korrektur der bereits für die Haushaltsjahre 2010 bis 2012 gebuchten Abschreibungen aufgrund rückwirkender Buchwerterhöhungen zur Eröffnungsbilanz im Rahmen diverser Eröffnungsbilanzkorrekturen gem. § 54 GemHVO LSA.

Ausbuchung der Restbuchwerte einzelner Anlagegüter aus dem Bestand der Anlagenbuchhaltung als Folge von Anlagenabgängen durch Verschrottung aufgrund von Unfall-, Brand- oder Vandalismusschäden sowie durch diverse Abrissmaßnahmen für Gebäude und Straßen

1.2 Budgetabrechnung per 31.12.2013

In der **Anlage 1** wird die zahlenmäßige Abrechnung der vertikalen Budgets ausgewiesen.

Die vertikalen Budgets entwickelten sich mit einem Überschuss in Höhe von 115.162.322 EUR gegenüber dem geplanten Überschuss von 108.442.317 EUR positiv (Übererfüllung um 6.720.005 EUR).

Im Einzelnen wird nachfolgend über die Budgets informiert. Ausgangsbasis für die Auswertung ist der fortgeschriebene Ansatz der Budgets, d.h. inkl. der Anträge auf überplan- und/oder außerplanmäßige Aufwendungen, Haushaltsresten und ggf. Haushaltsansatzsperrungen (2013 wurden keine Sperrvermerke ausgesprochen).

Budget 0 – Bereich Oberbürgermeister

Dem Budget 0 stand ein Zuschuss in Höhe von 739.931 EUR zur Verfügung. Der Budgetzuschuss wurde mit 675.159 EUR (91,2 %) in Anspruch genommen und in Höhe von 64.772 EUR nicht verausgabt. Die Ursachen sind Mehrerträge in Höhe von 23.835 EUR und Minderaufwendungen in Höhe von 40.937 EUR.

Minderaufwendungen	
Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen (durchgeführte kostengünstigere Veranstaltungen) sowie aus nicht benötigten Mitteln für Bekanntmachungen und Bürobedarf	26.688 EUR
u.a. sonstige LuK Leistungen/sonstige Sachaufwendungen.	14.034 EUR

Budget 1 – Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung

Dem Budget 1 stand ein Zuschuss in Höhe von 1.013.450 EUR zur Verfügung. Das Budget 1 konnte im Laufe des Haushaltsjahres eine Ergebnisverbesserung von ca. 1,5 Mio. EUR erwirtschaften. Die Ursachen sind Mehrerträge in Höhe von 756.280 EUR und Minderaufwendungen von 772.771 EUR.

Mehrerträge	
Aus der Auflösung von Rückstellungen für Gerichtskosten (Amt 30)	147.200 EUR
Im Bereich Bußgelder ruhender Verkehr	312.625 EUR
FD Bürgerservice durch die Einführung des neuen Personalausweises und die Einführung des elektronischen Aufenthaltstitels (Beantragungen sind im Vorfeld nur aufgrund von Prognosen abzuschätzen).	72.256 EUR
Im Umweltamt durch Gebührenerhöhung gem. ALLGO LSA, durch mehr Anträge, behördliche Überwachungen bzw. Genehmigungen (z.B. in den Bereichen untere Wasserbehörde, untere Bodenschutzbehörde).	85.000 EUR
Aus Verwaltungsgebühren Kfz-Zulassungsstelle.	94.475 EUR
Aus An-, Ab- und Ummeldungen (Gewerbe),	43.171 EUR
Aus Ersatzvornahmen und Verwaltungsgebühren aus allg. Ordnungsaufgaben	83.441 EUR
Zuweisungen vom Land (Landesvergabegesetz)	68.847 EUR
Mindererträge	
Bei Benutzungsgebühren im Amt 37.	50.625 EUR
Im FD Allgemeine Ordnungsangelegenheiten, Stadtordnungsdienst Bußgelder sonstige Ordnungswidrigkeiten	96.293 EUR
Minderaufwendungen	
Im FB 32 bei dem Kostenanteil gegenüber der Bundesdruckerei	215.303 EUR
Im Amt 37 u. a. entfallende Nutzungsgebühr Digitalfunk, Hydrantenwartung, Dienst- und Schutzkleidung und Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit.	82.000 EUR
Im FB 01 bei Mietkosten Kopierer, Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen, und sonstigen IuK Leistungen.	34.992 EUR
Bei den Gerichts- und Gutachterkosten sowie den Aus- und Fortbildungskosten in den Ämtern 30, 31,37, im FB 01 und FB 32.	381.785 EUR
Im FB 32 Aufwendungen f. Leasing, Haltung Fahrzeuge, IuK Leistungen	72.869 EUR
Mehraufwendungen	
Im Amt 37 sonst. IuK Leistungen	22.328 EUR

Budget 2 – Finanzen

Dem Budget 2 stand ein Zuschuss in Höhe von 210.095 EUR zur Verfügung. Das Budget 2 konnte im Laufe des Haushaltsjahres eine Ergebnisverbesserung von ca. 1,3 Mio. EUR erwirtschaften. Die Ursachen sind Mehrerträge in Höhe von 604.215 EUR und Minderaufwendungen von 754.924 EUR.

Das positive Ergebnis resultiert aus eingenommenen Mehrerträgen sowie nicht in Anspruch genommene Aufwendungen in den einzelnen Fachbereichen. Allein im Fachbereich Liegenschaftsservice wurden Mehrerträge in Höhe von ca. 500.000 EUR (109 %) erzielt, überwiegend in den Bereichen der Grundstücks- und Gebäudeverkäufe. Beispielsweise konnten Verkaufserlöse, Zinsen sowie Mieten/Pachten/Erbbauzinsen der Vorjahre in Höhe von rund 174.000 EUR aufgrund rechtskräftiger Bescheide zur Ablehnung vermögensrechtlicher Ansprüche zu Gunsten der Landeshauptstadt Magdeburg eingenommen werden. Mehrerträge aus Veräußerungen von Grundstücken/Gebäuden/Vorräten sowie Tauschverträgen in Höhe von ca. 194.000 EUR, konnten während der Planung für den Haushalt 2013 nicht vorhergesehen werden.

Die geplanten Aufwendungen in Höhe von 6,8 Mio. EUR wurden zum Jahresende nur zu 89 % in Anspruch genommen. Von den insgesamt ca. 755.000 EUR Minderaufwendungen

konnten rund 219.000 EUR allein bei den Sachverständigen und Gutachterkosten in allen drei Teilbudgets des Dezernates II eingespart werden. Auch die Zuschüsse an übrige Bereiche zur Förderung von Grundstücksverkäufen für Familien im Fachbereich Liegenschaftsservice wurden nur zu 26 % in Anspruch genommen. Weitere Einsparungen erfolgten bei den Unterhaltungsaufwendungen der Grundstücke, baulichen Anlagen und des sonstigen unbeweglichen Vermögens aufgrund erfolgter Verkäufe im Laufe des Haushaltsjahres.

Mehrerträge	
Erträge aus der Auflösung/Herabsetzung v. Rückstellungen anmeldebehafteter Grundstücke	173.698 EUR
Zahlungswirksamer Wertausgleich aus Grundstückstauschverträgen, Erträge aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden, Vorräten	194.079 EUR
Kostenerstattungen, Steuererstattungen, sonstige Finanzerträge	155.463 EUR
Minderaufwendungen	
Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen, sonstiges unbewegliches Vermögen, sonstige Bewirtschaftungskosten	154.592 EUR
Zuschüsse zur Förderung von Grundstückskäufen für Familien	85.000 EUR

Budget 3 – Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit

Dem Budget 3 stand ein Zuschuss in Höhe von 2.788.690 EUR zur Verfügung. Das Budget 3 wurde per 31.12.2013 untererfüllt. Die Ursachen sind Mehrerträge in Höhe von 98.091 EUR und Minderaufwendungen von 510.630 EUR.

Aufgrund der in das Haushaltsjahr 2013 verschobenen Investitionsfördermaßnahmen SKET/Freie Straße, Korbwerder Nord und Zone I sowie der Förderprojekte Relocation Service und Leonardo da Vinci, hat das Dezernat III im Laufe des Haushaltsjahres 2013 ungeplante Mehrerträge in Höhe von ca. 1,8 Mio. EUR eingenommen, welche teilweise zur Deckung der für diese genannten Projekte ungeplanten Mehraufwendungen dienten. Diese Mehraufwendungen in Höhe von ca. 3,3 Mio. EUR resultieren u. a. aus den für die genannten Förderprojekte vereinbarten Eigenanteilen der Landeshauptstadt Magdeburg. Für diese außerplanmäßigen Aufwendungen wurden zum Jahresabschluss 2012 die entsprechenden Aufwandsermächtigungen in das Jahr 2013 übertragen, welche, zusätzlich zu den Mehrerträgen, zur Deckung der Mehraufwendungen genutzt wurden. Daraus ergibt sich schlussgerechnet ein Minderaufwand von insgesamt rund 0,48 Mio. EUR, u. a. bei den Kosten der SWM Verbrauchsmedien und Medienerschließung.

Das Vorhaben Zone I (hier: Geländeauffüllung und Verlängerung der Parchauer Straße) konnte in 2013 aufgrund des Hochwassers im Juni nicht endgültig abgeschlossen werden. Voraussichtlich werden die Restarbeiten bis zum Ende des Haushaltsjahres 2014 fertig gestellt und schlussgerechnet.

Zum Stichtag 31.12.2013 beträgt der Zuschuss des Dezernates III rund 2,1 Mio. EUR (fortgeschriebener Planansatz ca. 2,7 Mio. EUR).

Minderaufwendungen	
Erstattung verbundener Unternehmen (SWM) Verbrauchsmedien (Korbwerder Nord)	282.894 EUR
Erstattung verbundener Unternehmen (SWM) Medienerschließung (SKET/Freie Str.)	476.257 EUR
Mehraufwendungen	
Erstattung verbundener Unternehmen Investitionsfördermaßnahmen (Korbwerder Nord)	264.159 EUR

Budget 4 – Bildung, Sport, Kultur

Dem Budget 4 stand ein Zuschuss in Höhe von 16.960.394 EUR zur Verfügung. Der Budgetzuschuss wurde mit 16.863.563 EUR (99,4 %) erfüllt. Die Ursachen sind Mehrerträge in Höhe von 67.095 EUR und Minderaufwendungen in Höhe von 29.736 EUR.

Im Berichtszeitraum wurden Erträge im Fachbereich Schule und Sport (FB 40) mit 100,6 %, im Kulturbüro (Stabsstelle IV/01) mit 94,8 %, im Gesellschaftshaus (Stabsstelle IV/02) mit 109,2 %, in den Gruson-Gewächshäusern (Stabsstelle IV/03) mit 115,7 % sowie im FB Kultur, Stadtgeschichte und Museen (FB 41) mit 101,6 % erfüllt.

Mehrerträge	
<u>Stabsstelle IV/02 – Gesellschaftshaus</u>	
Erträge aus Mieten und Pachten sowie Leistungsentgelte aus Kooperationsvereinbarungen	27.142 EUR
<u>Stabsstelle - Gruson - Gewächshäuser</u>	
gestiegene Erträge aus Mieten und Pachten sowie bei den Eintrittsgeldern	14.315 EUR
<u>FB 40 – Schule und Sport</u>	
kontinuierliche Steigerung der Kurs- und Stundenzahlen bei der VHS	11.217 EUR
gestiegene Besucherzahlen in den Strand- und Freibädern durch das schöne Wetter	86.360 EUR
steuerlich notwendige Umbuchungen für kostenlose Nutzung von Sportobjekten und Schwimmhallen	169.613 EUR
gestiegene Erträge im Bereich der VHS für Lebensmittelumlagen	2.117 EUR
<u>FB 41 – Kultur, Stadtgeschichte und Museen</u>	
periodenfremde Korrekturbuchung einer Landeszuweisung in den Museen	35.799 EUR
gestiegene Erträge durch Vermietung des Klostercafès	12.898 EUR
gestiegene Erträge durch Zuweisungen für Leseausweise für Kinder in den Bibliotheken	1.900 EUR
Benutzungsgebühren (Reproduktion aus Bauakten, Foto- und Kalenderbeständen sowie für Auskünfte aus den Personenstandsunterlagen) im Stadtarchiv	1.563 EUR
Mindererträge	
<u>Stabsstelle Kulturbüro</u>	
weniger Zuweisungen für das Musikalische Kompetenzzentrum	10.023 EUR
<u>Stabsstelle Gesellschaftshaus</u>	
weniger Eintrittsentgelte	7.417 EUR
weniger Entgelte für Veranstaltungsservice	3.357 EUR
rückläufiger Programmhefteverkauf bei Konzerten	256 EUR
<u>Stabsstelle Gewächshaus</u>	
Pflanzenverkauf startete erst im III. Quartal bedingt durch die Sanierung der Anzuchthäuser	1.378 EUR
weniger Entgelte für Veranstaltungsservice	876 EUR
<u>FB 40 – Schule und Sport</u>	
durch Änderung der Gesetzeslage (FAG) Vereinnahmung der Erträge für Schülerbeförderungskosten im Haushalt der Allgemeinen Finanzwirtschaft	200.000 EUR
weniger Erträge für die Vermietung der Sportstätten	30.562 EUR
<u>FB 41 – Kultur, Stadtgeschichte und Museen</u>	
rückläufige Zahlen im Benutzungsbereich (Erwachsene, zahlende Leser) und bei den Verwaltungsgebühren in den Bibliotheken	23.827 EUR
geringere Leistungsentgelte aus Gebühren und Fotorechten in den Museen	3.612 EUR
rückläufige Besucherzahlen und dadurch resultierend weniger Leistungsentgelte, geringere Verkaufserlöse und weniger Spenden in den Museen	14.645 EUR

Die Aufwendungen im Berichtszeitraum wurden im FB 40 mit 100,0 %, in der Stabsstelle IV/01 mit 99,0 %, in der Stabsstelle IV/02 mit 99,9 %, in der Stabsstelle IV/03 mit 99,8 % und im FB 41 mit 99,4 % in Anspruch genommen.

Minderaufwendungen	
Stabsstelle Kulturbüro	
Einsparungen u.a. durch das Nichtzustandekommen einiger Verträge in den Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen, bei den Zuschüssen an übrige Bereiche und bei der Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens	37.076 EUR
FB 41 – Kultur, Stadtgeschichte und Museen	
Minderaufwendungen durch Wegfall des Mietkopierers in den Museen	2.272 EUR
Minderaufwendungen durch weniger Dienstreisen mit dem Dienst – Kfz in den Museen	584 EUR
Minderaufwendungen durch geringere Künstlersozialabgabe in den Museen	1.430 EUR
Minderaufwendungen durch geringere Lagerhaltung und geringere Anschaffung von Werbungsprodukten in den Museen	2.382 EUR
Minderaufwendungen im Bereich der Umzugskosten durch Ausnutzung eigener Kapazitäten	2.045 EUR
Minderaufwendungen durch weniger Schadensfälle und geringer ausfallende Wartungskosten der Kommunikationssysteme in den Museen	2.114 EUR
sparsamer Umgang mit Bürobedarf und Einsparungen bei der Anschaffung von geringwertigen Wirtschaftsgütern zur teilweisen Kompensation der Mindererträge in den Bibliotheken	5.335 EUR
Minderaufwendungen in den Bibliotheken durch Wegfall von Dienstreisen	1.959 EUR
Minderaufwendungen durch Wegfall von 2 Fortbildungen und 2 Dienstreisen im Stadtarchiv	659 EUR
geringere Anzahl von Vortragsreihen bedingt durch den Umzug des Stadtarchivs	900 EUR
geringere Aufwendungen bei den Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen und bei den sonstigen Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten zur Kompensation der Mehraufwendungen im Stadtarchiv	4.653 EUR
Mehraufwendungen	
Stabsstelle Kulturbüro	
Mehraufwendungen durch Dienstreisen des BG IV teilweise in Vertretung des OB	1.466 EUR
Mehraufwendungen für Mietkosten im Rahmen des Stipendiums „Stadt-schreiber“	5.635 EUR
Mehraufwendungen hauptsächlich im Musikalischen Kompetenzzentrum bei den Dienstaufwendungen für sonstige Beschäftigte, bei den sonstigen Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	14.068 EUR
Mehraufwendungen für Leasing durch Anpassung der Sachkontenzuordnung	885 EUR
FB 41 – Kultur, Stadtgeschichte und Museen	
Mehraufwendungen für sonstige Aufwendungen für Inanspruchnahme von Rechten und Diensten durch Preissteigerung bei den Dienstleistungen in den Museen	7.496 EUR
Mehraufwendungen für Leasing durch Anschaffung eines neuen EC-Cash-Gerätes im Stadtarchiv	410 EUR
höhere Wartungskosten für elektronische Geräte im Stadtarchiv	2.902 EUR
Mehraufwendungen beim Bürobedarf durch viele verschiedene Drucker und die dafür benötigten unterschiedlichen Druckerpatronen	1.666 EUR

Budget 5 – Soziales, Jugend und Gesundheit

Dem Budget 5 stand ein Zuschuss in Höhe von 4.706.529 EUR zur Verfügung. Der Budgetzuschuss wurde mit 3.678.332 EUR (78,15 %) erfüllt. Die Ursachen sind Mehrerträge (105.190 EUR = 102,62 % Erfüllung) und Minderaufwendungen (923.009 EUR = 89,41 % Erfüllung).

Dabei wurden die Zuschüsse in der Stabsstelle V/02 mit 59,43 %, im Amt 50 mit 94,99 %, im Amt 51 mit 68,34 % und im Amt 53 mit 73,77 % erfüllt.

Wesentliche Schwerpunkte der Erfüllung waren:

Mehrerträge	
Amt 50 – Sozial- und Wohnungsamt	
Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	22.793 EUR
Amt 51 – Jugendamt	
Zuweisungen für lfd. Zwecke vom Bund	107.720 EUR
Zuweisungen für lfd. Zwecke vom Land - Jugendpauschale	551.874 EUR
Amt 53 – Gesundheits- und Veterinäramt	
Mehrerträge durch Rückzahlungen aus Ersatzvornahmen durch Teilzahlungsverträge	40.755 EUR
Mindererträge	
Stabsstelle V/02 – Stabsstelle Sozial-, Gesundheits- und Jugendhilfeplanung	
Weniger Zuweisungen vom Land für die Integrationsarbeit	38.786 EUR
Keine Zuweisungen vom Bund für Projekt „Stärken vor Ort“	150.000 EUR
Amt 50 – Sozial- und Wohnungsamt	
Keine Zuweisungen für laufende Zwecke vom Land (Frauenhaus)	104.000 EUR
Keine Erträge aus Kostenerstattungen vom Bund (ehem. für Zivi's)	13.200 EUR
Amt 51 – Jugendamt	
Geringere Rückzahlungen von Zuwendungen nach abgeschlossener Verwendungsnachweisprüfung	27.224 EUR
Geringere Rückzahlungen von Zuwendungen in der Jugendarbeit sowie Schulsozialarbeit	15.597 EUR 5.611 EUR
Mindererträge aus Verkauf von Vorräten (KJH-)	13.465 EUR
Amt 53 – Gesundheits- und Veterinäramt	
Sinkende Benutzungsgebühren und Entgelte durch Rückgang der Fallzahlen (2. Leichenschau sowie Verkauf/Abgabe von Tieren)	43.409 EUR
Minderaufwendungen	
Stabsstelle V/02 – Stabsstelle Sozial-, Gesundheits- und Jugendhilfeplanung	
Einstellung Förderprogramm für das Projekte „Stärken vor Ort“	150.000 EUR
Zuschüsse für Integrationsarbeit wurden nicht in der geplanten Höhe vom Land zur Verfügung gestellt	48.542 EUR
Geringere Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	36.137 EUR
Amt 50 – Sozial- und Wohnungsamt	
Dienstaufwendungen für sonstige Beschäftigte	18.110 EUR
Zuschüsse an übrige Bereiche und Altenpflege	64.559 EUR
Bürobedarf/Fernmelde/GEZ/Bekanntmachungen	17.555 EUR
Erstattung verbund. Unternehmen (KID) – sonst. luK-Leistungen	56.843 EUR
Sonstige Aufwendungen für Dienstleistungen	13.453 EUR
Amt 51 – Jugendamt	
Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen	96.915 EUR
Zuschüsse an übrige Bereiche für Jugendarbeit und - Jugendsozialarbeit	492.210 EUR
Zuschüsse an übrige Bereiche (für Investitionsfördermaßnahmen)	46.321 EUR
Bürobedarf /Fernmeldegebühr/GEZ/Bekanntmachungen	37.356 EUR
Erst. verb. Untern. (KID) – sonst. luK-Leistungen	69.883 EUR

Amt 53 – Gesundheits- und Veterinäramt	
Minderaufwand bei den Aufwendungen für Leasing, da die Anschaffung der Fahrzeuge erst im Haushaltsjahr 2014 erfolgt	11.720 EUR
Minderaufwendungen für den Verbrauch von Vorräten (Impfstoffe)	16.113 EUR
Erst. verb. Untern. (KID) – sonst. IuK-Leistungen	12.029 EUR
Mehraufwendungen	
Amt 51 – Jugendamt	
Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	52.937 EUR
Zuschüsse an übrige Bereiche	219.898 EUR

Budget 6 – Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Dem Budget 6 stand ein Zuschuss in Höhe von 16.222.679 EUR zur Verfügung. Der Budgetzuschuss wurde mit 15.382.694 EUR (94,82 %) in Anspruch genommen und in Höhe von 839.985 EUR nicht verausgabt. Die Ursachen sind Mehrerträge (629.017 EUR = 107,87 %) und Minderaufwendungen (210.968 EUR = 99,13 %). Der verfügbare Zuschuss hat sich gegenüber der Haushaltsplanung 2013 um 4.816.893 EUR erhöht. Dies resultiert u. a. aus Mehrerträgen im FB 62 durch Auflösung von Rückstellungen (Gerichtskosten) sowie Zuführung von Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung (Winterschäden).

Im Berichtszeitraum wurden die Erträge im Stadtplanungsamt mit 85,54 %, im FB 62 - Vermessung und Baurecht - mit 153,80 %, im Bauordnungsamt mit 102,26 % und im Tiefbauamt mit 102,88 % erfüllt.

Mehrerträge	
FB 62 – Geodienste und Baukoordination	
aus der Rückerstattung zweier größerer Beträge von Gerichtskosten (Rechtsstreitigkeiten LH MD ./ LVwA S-A.)	20.368 EUR
Amt 63 – Bauordnungsamt	
Aus Verwaltungsgebühren im Bauordnungsamt durch Erträge aus Ersatzvornahmen für notwendige Abbrüche in der Rothenseer Straße 94, Grusonstraße 7 c, Lüneburger Straße 22 und Weststr. 2. Die ausgewiesenen Mehrerträge sind aber nicht alle kassenwirksam geworden.	431.259 EUR
Amt 66 – Tiefbauamt	
Mehrerträge für Aufgrabungsgenehmigungen, Sondernutzungen und Ausnahmegenehmigungen, wie Anwohnerparken und Umweltzone.	62.492 EUR
Mindererträge	
FB 62 – Geodienste und Baukoordination	
aus dem Rückgang des Verkaufs von amtlichen Stadtplänen, topografischen Karten, Kartenausügen, Luftbildern usw.	26.276 EUR
Amt 63 – Bauordnungsamt	
aus Verwaltungsgebühren für Baugenehmigungen. Trotz großer Bauprojekte konnten die geplanten Erträge nicht realisiert werden.	373.914 EUR

Die Aufwendungen wurden im Stadtplanungsamt mit 83,77 %, im FB 62 mit 76,41 %, im Bauordnungsamt mit 99,97 % und im Tiefbauamt mit 100,05 % in Anspruch genommen.

Minderaufwendungen	
Amt 61 – Stadtplanungsamt	
Bei den Besonderen Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen sind 100.000 EUR für den städtebaulichen Workshop Maybachstraße nicht kassenwirksam geworden und mussten in das Haushaltsjahr 2014 übertragen werden. Die übrigen 56.619 EUR dienten zur Deckung von Mehraufwendungen.	156.619 EUR
Amt 63 – Bauordnungsamt	
bei den Aufwendungen für Sachverständige, Gutachter etc. decken den Mehrbedarf für Gefahrenabwehrmaßnahmen.	162.985 EUR
Amt 66 – Tiefbauamt	
Nichtauslastung der bereitgestellten Deckung aus Rückstellung für unterlassene Instandhaltung (Winterschäden)	316.353 EUR
Mehraufwendungen	
Amt 61 – Stadtplanungsamt	
Die Mehraufwendungen für Zuweisungen Zweckverbände; Umlage Regionale Planungsgemeinschaft resultieren aus einer Erhöhung der Verbandsumlage.	23.610 EUR
Amt 63 – Bauordnungsamt	
Für sonstige Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen/Gefahrenabwehr, Abbruchmaßnahmen; Es entstanden durch Sicherungs- und Abbruchmaßnahmen Mehraufwendungen die innerhalb des Budgets gedeckt werden mussten.	171.790 EUR
Amt 66 – Tiefbauamt	
Für Energiekosten für Straßenbeleuchtung und Lichtsignalanlagen. Ursache hierfür ist u. a. die Preissteigerung für EEG–Strom.	444.046 EUR
Für Erstattung an Sondervermögen (EB SAB) für Straßenreinigung, Gehwegreinigung und Winterdienst. Ursache dafür sind die durch SAB mehr veranschlagten Mittel laut Wirtschaftsplan.	90.417 EUR

Budget 7 – Allgemeine Finanzwirtschaft

Das Budget 7 hatte einen Überschuss in Höhe von 290.070.819 EUR geplant. Der Budgetüberschuss wurde mit 290.057.857 EUR (99,99%) erfüllt. Es ergibt sich eine geringe Überschusserfüllung, die sich wie folgt zusammensetzt:

Mehrerträge	
Aus Grundsteuer B	1.009.043 EUR
Aus Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	3.431.585 EUR
Aus Vergnügungssteuer	760.321 EUR
Aus Leistungen wg. Ums. der Grundsicherung Arbeitssuchender	2.550.755 EUR
Aus Leistungen aus dem Ausgleich von Sonderlasten bei Zusammenführung von Arbeitslosen- u. Sozialhilfe	650.309 EUR
Aus sonstigen allgem. Zuweisungen vom Land - § 4 FAG	196.697 EUR
Aus Ergänzungszuweisung vom Land - HzE (§ 11 FAG)	17.385 EUR
Aus anderen sonstigen Finanzerträgen	63.211 EUR
Mindererträge	
Aus Auflösung/Herabsetzung von Rückstellungen	5.007.349 EUR
Aus Ergänzungszuweisungen vom Land - Grundsicherung f. Arbeitssuch. (§ 7 FAG)	447.616 EUR

Ergänzungszuweisung v. Land - Aufgaben Sozialhilfe (§ 8 FAG)	324.230 EUR
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	270.215 EUR
Hundesteuer	65.261 EUR
Zweitwohnungssteuer	39.213 EUR
Grundsteuer A	18.709 EUR
Minderaufwendungen	
Krankenhausumlage nach dem KHG	195.371 EUR

Durch Sachkontenverschiebungen im Rahmen der Umsetzung der Finanzstatistikanforderungen entstanden technische Planabweichungen im Bereich der FAG-Zahlungen § 9 Schülerbeförderung und § 10 Unterhaltung Kreisstraßen mit einem Mehrertrag von 123.600 EUR.

2.1.1 Vergleich ausgewählter Bereiche/Deckungskreise

Im Folgenden werden einzelne Positionen der in der **Anlage 2** aufgeführten Deckungskreise (horizontale Budgets) näher erläutert.

Deckungskreis Personalkosten (DKPK):

- in EUR -

DKPK	Planansatz 2013	verfügbarer Plan 2013	Ergebnis 31.12.13	Abweichung Plan/Ist 2013	Erfüllung in %
Erträge	0	624.336	624.336	0	100
Aufwendungen	118.327.178	125.231.305	124.911.554	-319.751	99,7
<u>Ergebnis</u>	<u>118.327.178</u>	<u>124.606.969</u>	<u>124.287.218</u>	<u>- 319.751</u>	<u>99,7</u>

Bei der Haushaltsplanaufstellung wurden für den Deckungskreis Personalkosten nicht die entsprechend der Mittelanmeldung angemeldeten Beträge in Höhe von 123.997.100 EUR eingestellt, sondern aufgrund von Erfahrungswerten 118.327.178 EUR. Diese Planungssumme beinhaltet eine vertretbare Risikogröße von 3,0 Mio. EUR, die in der Haushaltsdurchführung 2013 konsolidiert werden sollte.

Der Konsolidierungsbedarf hat sich vor allem durch die Änderung des Umlagehebesatzes zur Aufbringung der Mittel im Versorgungsbereich der Beamten von 32,5 % auf 35 % (593.400 EUR) sowie die Änderung von AG-Anteilen in der Renten- und Pflegeversicherung (238.000 EUR), die anders als geplant eingetreten sind, erhöht. Darüber hinaus belastet eine Nachzahlung der Beamtenversorgung für die Jahre 2009 bis 2011 den Haushalt, welche aufgrund einer Korrektur des Zuschlagsfaktors durch den Kommunalen Versorgungsverband Sachsen-Anhalt i. H. von 73.229 EUR entstanden ist.

Bedingt durch die unterschiedliche zeitliche Planung der Kosten für den DKPK und des Stellenplanes konnten nicht alle Stellen des Stellenplanes 2013 finanziell untersetzt werden. Notwendig zu besetzende Stellen wurden zur Besetzung freigegeben, hierbei handelt es sich um finanzielle Auswirkungen in Höhe von 1.043.270 EUR.

Ab dem Haushaltsjahr 2014 erfolgt eine übereinstimmende Planung der Kosten und aller Stellen, so dass diese Diskrepanz dann nicht mehr in diesem Maße auftreten sollte. Weiterhin führt die Besoldungserhöhung der Beamten zum 01.07.2013 zu zusätzlichen Aufwendungen. Durch das Juni-Hochwasser 2013 entstanden Zuschläge in Höhe von 38.320 EUR und Überstundenaufwendungen in Höhe von 155.690 EUR, die nicht vom Land Sachsen-Anhalt erstattet worden sind.

Ziel war es, dass ohne zusätzliche Mittel aus dem städtischen Haushalt die Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger in ausreichender Qualität erbracht werden, notwendige interne Aufgaben erledigt und das Personal der Landeshauptstadt Magdeburg ordnungsgemäß bezahlt werden kann. Dazu war es erforderlich, über Maßnahmen zur Reduzierung des finanziellen Aufwandes zu befinden, ohne die Leistungsfähigkeit der Verwaltung zu stark zu beeinträchtigen.

Da bisher mit dem Instrument der zeitweiligen Besetzungssperre gute monetäre Ergebnisse erzielt werden konnten, wurde die aus dem August 2010 diesbezüglich erlassene Verfügung des Oberbürgermeisters aufrechterhalten. Hieraus resultiert eine Einsparung von 4.456.250 EUR.

Dem Deckungskreis Personalkosten wurden mit der DS0442/13 überplanmäßig 3.458.502 EUR zur Verfügung gestellt.

Im Rahmen des Jahresabschlusses 2013 wurden folgende Rückstellungen gebildet:

73.500 EUR	für das nicht ausgezahlte Leistungsentgelt (ATZ),
1.500.000 EUR	Mehrstunden Amt 37,
813.354 EUR	für Aufstockungsbeträge Beamte und tariflich Beschäftigte,
1.157.224 EUR	für Erfüllungsrückstände.

Deckungskreis Hilfe zur Erziehung (DKHzE):

- in EUR -

DKHzE	Planansatz 2013	verfügbarer Plan 2013	Ergebnis 31.12.13	Abweichung Plan/Ist 2013	Erfüllung in %
Erträge	1.412.700	2.462.886	2.493.811	30.925	101,3
Aufwendungen	17.800.000	17.800.000	17.608.540	- 191.460	98,9
Ergebnis	16.387.300	15.337.114	15.114.729	- 222.385	98,6

Im DKHzE kommt es zu einem Minderbedarf in Höhe von 222.385 EUR. Dieser resultiert aus den Mehrerträgen in Höhe von 30.925 EUR und den Minderaufwendungen in Höhe von 191.460 EUR.

Weitere Mehrerträge im DKHzE wurden zum vollständigen Ausgleich der Mindererträge im DKUDUVG in Höhe von insgesamt 859.265 EUR innerhalb des Amtes 51 benötigt.

Der insbesondere im Sachkonto SK 44821410 – Erträge aus Kostenerstattungen von Gemeinden f. SGB VIII, § 34 aufgelaufene Mehrertrag in einer Höhe von 835.472 EUR begründet sich durch den verstärkten und nicht planbar vorhersehbaren Wechsel der örtlichen Zuständigkeit durch Umzug und der damit einher gehenden Kostenerstattung von anderen Jugendämtern (siehe § 86 ff SGB VIII in Verbindung mit § 89 ff. SGB VIII).

Es handelte sich überwiegend um außerplanmäßige Ereignisse, welche keine dauerhaft zu berücksichtigende Planungsrelevanz erkennen lassen.

Für den DKHzE ist explizit das Sachkonto SK 53312050 § 31 SGB VIII a. v. E. (Sozialpädagogische Familienhilfen) mit einer Unterschreitung zu benennen. In diesem Sachkonto resultiert der Minderaufwand in einer Höhe von 302.052 EUR, neben einem leichten Rückgang von 8 Betreuungsfällen gegenüber dem Vorjahr, primär aus einer Reduzierung der Betreuungs-/Fachleistungsstunden aus den Hilfeplangesprächen.

Bisher ausgeblieben sind die prognostizierten Mehrausgaben in der Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche gemäß § 35 a SGB VIII. Hier ist bisher „nur“ im Sach-

konto SK 53312080 § 35a a. v. E. ein Mehraufwand in Höhe von 139.202,34 EUR zu verzeichnen. Der derzeitige Trend zeigt jedoch, dass insbesondere in diesem Sachkonto der Bedarf an Schulbegleitung und anderen ambulanten Leistungen und somit das Kostenvolumen steigt.

Zum Jahresabschluss 2012 wurden im DKHzE 2 Rückstellungen in Höhe von jeweils 150.000 EUR für Nachzahlungen nach § 33 und § 34 SGB VIII gebildet. Die möglichen außerplanmäßigen finanziellen Auswirkungen durch ein neues BVerwG -Urteil vom 09.12.2010 („Erdrutschurteil“) mit neuer Interpretation des § 86 (6) SGB VIII Erstattungsanspruch für Unterbringungskosten von Kindern in Vollzeitpflege (§ 33) und von Heimkindern (§34) rückwirkend bis zu 4 Jahren (lt. Verjährungsregelung im § 111 SGB X) wurde 2012 durch Rückstellungen in Höhe von 300.000 EUR für die Folgejahre vorsorglich abgesichert. Davon wurden in 2013 für Fälle des § 33 SGB VIII 70.164,37 EUR ausgezahlt.

Deckungskreis Unterhaltsvorschussgesetz (DKUDUVG):

- in EUR -

DKUDUVG	Planansatz 2013	verfügbarer Plan 2013	Ergebnis 31.12.13	Abweichung Plan/Ist 2013	Erfüllung in %
Erträge	4.950.000	4.950.000	4.081.374	- 868.626	82,5
Aufwendungen	5.150.000	5.150.000	5.079.125	- 70.875	98,6
Ergebnis	200.000	200.000	997.751	797.751	494,2

Im DKUDUVG kommt es zu einem Mehrbedarf in Höhe von 797.751 EUR. Dieser resultiert aus den Mindererträgen in Höhe von 868.626 EUR und den Minderaufwendungen in Höhe von 70.875 EUR.

Im DKUDUVG gab es im Sachkonto 42122200 – Übergeleitete Unterhaltsansprüche gemäß § 7 UVG erhebliche Mindererträge in Höhe von 781.635 EUR. Die Ursache lag in der in 2013 fortgesetzten intensiven Bereinigung vorjähriger Kassenreste (KER) aus sogenannten Rückgriffen. Die Bereinigung (Rücknahme der Forderung/ „Sollabgang“) erfolgte in allen Fällen, wo es aus gesetzlicher Sicht nach aktueller Überprüfung keine Rückzahlungsvoraussetzungen bzw. Rückzahlungspflicht gemäß § 7 UVG gibt. Die Höhe der Rücknahmen war in der Planung nicht im Voraus bezifferbar und konnte daher nicht berücksichtigt werden.

Für die gesetzlich festgelegte fristgerechte Auszahlung der UVG-Leistungen zum 01.01.2014 musste wie jedes Jahr ein aktiver Rechnungsabgrenzungsposten (ARAP) in Höhe von 381.059,10 EUR gebildet werden.

Deckungskreis Kinderförderungsgesetz (DKKiFöG):

- in EUR -

DKKiFöG	Planansatz 2013	verfügbarer Plan 2013	Ergebnis 31.12.13	Abweichung Plan/Ist 2013	Erfüllung in %
Erträge	22.491.000	28.870.136	29.021.242	151.107	100,5
Aufwendungen	64.478.100	70.328.622	70.110.202	-218.420	99,7
Ergebnis	41.987.100	41.458.487	41.088.960	-369.527	99,1

Im DKKiFöG kommt es zu einem Minderbedarf in Höhe von 369.527 EUR. Dieser resultiert aus den Mehrerträgen in Höhe von 151.107 EUR und den Minderaufwendungen in Höhe von 218.420 EUR.

Der DKKiFöG besteht aus zwei untereinander deckungsfähigen Teilbudgets. Auch innerhalb der beiden Teilbudgets besteht eine gegenseitige Deckungsfähigkeit zwischen den Sachkonten.

Diese Tatsache wurde in 2013 genutzt, um Mehraufwendungen in Höhe von 5.850.522 EUR im Vergleich zum ursprünglichen Planansatz ausschließlich durch Mehrerträge im DKKiFöG zu decken. Weitere 144.753 EUR wurden aus dem DKKIFÖG, SK 52111100 zur Deckung investiver Mehrbedarfe zur Verfügung gestellt. Davon wurden zum einen 60.752,91 EUR für den investiven Förderanteil der Sanierungsmaßnahme KT „Bummi“ im Rahmen des Krippenausbauprogramms ausgezahlt. Zum anderen wurden 84.000 EUR für die Außenanlagen des Ausweichobjektes „Schule Brechtstr.“ investiv benötigt.

Laut DS0290/13, SR-Beschluss 1893-66(V)13 wurden 500.0000 EUR aus dem DKKredit, KST 71000000, SK55171110 (Zinsaufwendungen an Kreditinstitute für KGE) zusätzlich in den DKKIFÖG, SK 53185150 eingestellt, um die Finanzierung der Erstausstattungen der drei neuen kommunalen Kitas bereits vor Baufertigstellung in 2013 zu sichern.

Deckungskreis Soziales (DKSOZ):

DKSOZ	Planansatz 2013	verfügbarer Plan 2013	Ergebnis 31.12.13	Abweichung Plan/Ist 2013	Erfüllung in %
Erträge	27.604.100	29.094.214	29.272.615	178.401	100,6
Aufwendungen	90.436.100	91.426.100	90.910.454	- 515.646	99,4
Ergebnis	<u>62.832.000</u>	<u>62.331.886</u>	<u>61.637.838</u>	<u>-694.048</u>	<u>98,89</u>

Das Ergebnis im DKSOZ wurde per 31.12.2013 (incl. ÜPL) in Höhe von 61.637.838 EUR mit 98,89 % erfüllt. Es ergibt sich ein Minderbedarf im Ergebnis von 694.048 EUR. Dieser resultiert aus den Mehrerträgen in Höhe von 178.401 EUR und Minderaufwendungen in Höhe von 515.646 EUR.

Erträge

Zu Mehrerträgen kommt es bei den Zuweisungen vom Land für die Grundsicherung im Alter in Höhe von 980.378 EUR. Die Erstattung erfolgte 2013 mit einem Anteil von 75 %. Diese Mehrerträge wurden zur Deckung der Mehraufwendungen und Mindererträgen im DK verwendet.

Zu Mindererträgen in Höhe von 300.442 EUR kommt es bei der Kostenerstattung vom Bund für BuT. Der Planansatz beruht auf der Berechnungsgrundlage 5,4 Prozentpunkte der Bundesbeteiligung. Diese wurde jedoch rückwirkend zum 01.01.2013 auf 2,3 Prozentpunkte gekürzt (siehe dazu auch Information I0225/13).

Bei den Kostenerstattungen vom Bund für BuT SGB II kommt es zu Mehrerträgen in Höhe von 155.764 EUR. Dieser Mehrertrag entspricht den Mehraufwendungen BuT SGB II.

Weitere Mehrerträge gibt es bei den Kostenerstattungen vom Bund für Hortessen/Schulsozialarbeit in Höhe von 869.790 EUR. Hier erfolgte keine Senkung der Prozentpunkte der Bundesbeteiligung. Es wurde ein PRAP in Höhe von 850.561 EUR gebildet, welcher für die Schulsozialarbeit im Jahr 2015 verwendet werden.

Die erhaltenen Mehrerträge in Höhe von 1.056.357 EUR wurden als Deckung (mittels ÜPL) für die Mehraufwendungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in verschiedenen Sachkonten verwendet.

Aufwendungen

Bei den Aufwendungen gab es Mehraufwendungen in Höhe von 1.721.083 EUR und Min-

deraufwendungen in Höhe von 2.236.729 EUR. Insgesamt kommt es zu einem Minderbedarf von 515.646 EUR.

Bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung kommt es durch die Anhebung des Regelbedarfes je Leistungsberechtigten um 8 EUR ab 01.01.2013 und den Anstieg von Fallzahlen zu einem Mehraufwand von 780.574 EUR. Weitere Gründe liegen u. a. in den erhöhten Aufwendungen für Energiekosten (im Einzelfall waren Nachzahlungen von Betriebskosten zu übernehmen). Die zu übernehmenden Krankenkassenbeiträge sind ebenfalls gestiegen sowie die Berücksichtigung von erhöhten Unterkunftskosten. Die Deckung erfolgt aus den o. g. Mehrerträgen vom Land in Höhe von 990.000 EUR.

Mehraufwendungen entstehen weiterhin bei den Geldleistungen und Taschengeld nach dem AsylbLG aufgrund erhöhter Zuwanderung sowie bei den Leistungen bei Krankheit nach dem AsylbLG in Höhe von insgesamt 1.082.148 EUR. Die Mehraufwendungen begründen sich durch die Mehraufnahmen und Zuweisungen von Asylbewerbern im Jahr 2013.

Im Bereich der Leistungen in besonderen Fällen (§ 2 AsylbLG) kam es zu einem **Minderaufwand** in Höhe von 246.875 EUR. Die Anzahl der Personen die in § 2 AsylbLG fallen, haben sich verringert, da einerseits entweder der Leistungsbezug durch Erteilung der Aufenthaltserlaubnis endete oder die Voraussetzungen noch nicht erfüllt waren.

Zu einem weiteren **Minderbedarf** in Höhe von 140.126 EUR kam es bei der Krankenhilfe. In 2013 gab es keine extremen Krankheitsfälle so wie in den Vorjahren. Krankheit und die damit verbundenen Kosten sind jedoch nicht planbar.

Ebenfalls zu **Minderaufwendungen** kam es bei den Geldleistungen für Unterkunft/Heizung § 3 AsylbLG in Höhe von 228.758 EUR. Es wurden weniger Mietkosten verbraucht, weil einige bereits mit Wohnraum versorgte Asylbewerber aus dem Leistungsbezug heraus fielen, weil sie eine Aufenthaltserlaubnis erhielten. Weiterhin wurde erstmalig in 2013 Wohnraum kommunal angemietet.

Im Bereich der Leistungserteilung für die Umsetzung der Grundsicherung Arbeitssuchender (KdU) kam es zu einem **Minderaufwand** in Höhe von 633.521 EUR. Im Durchschnitt haben 2013 weniger Bedarfsgemeinschaften als im Planungsansatz ermittelt, KdU - Leistungen erhalten.

Bei den Erstattungen an Krankenkassen a. v. E. (§ 264 SGB V) kam es zu einem **Minderbedarf** in Höhe von 235.652 EUR. Die Gewährung dieser Leistungen ist nicht genau planbar. In 2013 ist die Zahl der Anspruchsberechtigten gegenüber 2012 geringfügig rückläufig.

Weitere **Minderaufwendungen** in Höhe von 151.294 EUR gibt es bei den Zuschüssen für Mittagsverpflegung KITA – BuT – WoGG SGB XII. Obwohl die Mittagsverpflegung einen Hauptanteil aller beantragten Leistungen seit Einführung BuT ausmacht, konnte die Inanspruchnahme trotz vieler Bemühungen nicht erhöht werden.

Deckungskreis Hochwasser (DKHOCHWASSER):

- in EUR -

DKHochwasser	Ansatz 2013*	Ergebnis per 31.12.2013	Erfüllung in %	Differenz zwischen Plan und Ist	in %
Erträge	0	9.680.159,35	-	9.680.159,35	-
Aufwendungen	0	10.903.738,60	-	10.903.738,60	-
Ergebnis	0	-1.223.579,25		-1.223.579,25	

*hier ohne ÜPL/APL

Das Jahr 2013 war aufgrund des zu bewältigenden Elbehochwassers im Juni durch besondere außerordentliche Herausforderungen gekennzeichnet. So wurden unmittelbare Hochwasserabwehrmaßnahmen in elbnahen Bereichen der Landeshauptstadt Magdeburg durchgeführt, die größere Schäden an der Infrastruktur vermeiden sollten. Aufgrund der außergewöhnlichen Kraft des Hochwassers konnten Schäden jedoch nicht überall verhindert werden. Die Landeshauptstadt Magdeburg kategorisierte die ihr entstandenen Aufwendungen und Investitionsbedarfe aus diesem Grund in zwei Bereiche.

Im ersten Bereich wurden alle Aufwendungen, welche für die unmittelbaren Hochwasserabwehrmaßnahmen vor Ort entstanden sind, eingeordnet. Diese außerordentlichen Aufwendungen wurden innerhalb des ungeplanten Deckungskreises Hochwasser (DKHOCHWASSER) abgebildet und überwacht. Die Landeshauptstadt Magdeburg erbrachte in diesem Zusammenhang, bis zum finanziellen Ausgleich durch eine Förderung des Landes, entsprechende zeitweilige zahlungswirksame Vorleistungen. Die förderfähigen Bestandteile dieser Aufwendungen wurden schließlich im Rahmen der bis zum 30.09.2013 zeitlich begrenzten „Richtlinie über Soforthilfen für Kommunen zur Erstattung von Aufwendungen, die ihnen für Schadensabwehrmaßnahmen und Aufräumarbeiten beim Junihochwasser entstanden sind“ des Landes Sachsen-Anhalt im Umfang von insgesamt neun genehmigten Anträgen finanziert.

Die einzelnen Anträge stellen sich konsumtiv für das Jahr 2013 wie folgt dar:

- in EUR -

Antrag	beantragt	entstandene Aufwendungen	erhaltene Mittel	nicht förderfähige Aufwendungen
1 & 2	5.098.205,81	5.398.669,96	5.098.205,81	300.464,15
3	262.560,93	262.955,80	262.560,93	394,87
4	203.189,54	231572,94	203.189,54	28.383,40
5	119.212,49	125.883,52	119.212,49	6.671,03
6	81.278,54	86.158,10	79.171,44	6.986,66
7	326.373,05	328.092,79	326.373,05	1.719,74
8 (konsumtiv)	2.091.502,95	2.091.502,95	2.091.502,95	
Antrag Kosten EB SAB	670.486,13	670.486,13		
ohne, Rechnungslegung 01.10.2013 - 31.12.2013		254.151,80		
Summe	8.852.809,44	9.449.473,99	8.180.216,21	344.619,85

Darüber hinaus wurden im achten Antrag ebenfalls investive Mittel abgerechnet, welche nachfolgend dargestellt werden:

- in EUR -

Antrag	beantragt	erworbene Vermögensgegenstände	erhaltene Mittel	nicht förderfähige Mittel
8 (investiv)	54.791,22	67.881,22	54.791,22	13.090,00

Per 31.12.2013 ergaben sich somit nicht erstattete Aufwendungen in Höhe von 1.267.078,68 EUR. Davon wurden bereits 670.486,13 EUR zur Erstattung beantragt.

Die Abrechnungen der unmittelbaren Hochwasserabwehrmaßnahmen aus dem Juni 2013 ziehen sich gegenwärtig bis in das Jahr 2014 hinein. So entstehen auch im Jahr 2014 weitere Aufwendungen und Auszahlungen, welche mit Stand vom 08.05.2014 ein Ausmaß in Höhe von bereits 68.806,67 EUR annehmen. Darüber hinaus sind innerhalb der ersten acht Anträge noch Korrekturen in Höhe von 4.792,77 EUR notwendig.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt erhöhen sich somit die nicht erstatteten Aufwendungen auf 1.353.768,12 EUR. Die Landeshauptstadt Magdeburg ist mit Stand vom 08.05.2014 somit in dieser Höhe in Vorleistung gegangen.

Die Verteilung der Hochwasseraufwendungen des Jahres 2013 auf die Fachbereiche und Ämter der Landeshauptstadt Magdeburg gestaltet sich folgendermaßen:

- in EUR -

Fachbereich / Amt	Aufwendungen
Fachbereich 01	4.298,30
Amt 31 Umweltamt	53.319,09
FB 32 Bürgerservice und Ordnungsamt	2.736,42
Amt 37 Feuerwehr	6.679.519,06
FB 02 Finanzservice	419,33
IV/01 Kulturbüro	2.120,82
FB 40 Schule und Sport	48.769,87
FB 41 Kultur, Stadtgeschichte und Museen	103,53
Amt 50 Sozialamt	190,44
FB 62 Geodienste und Baukoordination	3.311,77
Amt 66 Tiefbauamt	133.342,12
Gesamt	6.928.130,75

Für angemeldete Schäden von Eigenbetrieben, Gesellschaften und Dritten entstanden Aufwendungen in Höhe von 2.521.343,24 EUR. Darunter befinden sich u. a. die Hafen GmbH, Magdeburger Verkehrsbetriebe mbH, die Eigenbetriebe Kommunales Gebäudemanagement, Städtischer Abfallwirtschaftsbetrieb, Stadtgarten und Friedhöfe und als Dritte die Pfeifferschen Stiftungen und der Paritätische Wohlfahrtsverband.

In Summe ergeben sich außerordentliche Aufwendungen per 31.12.2013 in Höhe von 9.449.473,99 EUR. Die förderfähigen Anteile der Aufwendungen wurden der Landeshauptstadt Magdeburg vom Land gemäß der Soforthilferichtlinie erstattet.

Insgesamt wurden im Rahmen der Soforthilferichtlinie von den bis zum 30.09.2013 beantragten o. g. außerordentlichen Aufwendungen und Erwerbsvorgängen 8.235.007,43 EUR vom Land erstattet. Dieser Betrag wurde als außerordentlicher Ertrag im Deckungskreis Hochwasser gebucht. Weitere Erstattungen im Rahmen der Soforthilferichtlinie werden nicht mehr erwartet.

Die verbleibenden nicht förderfähigen Vorleistungen per 31.12.2013 in Höhe von 596.592,55 EUR (abzgl. Antrag Kosten EB SAB), die nicht förderfähigen Investitionen von 13.090,00 EUR und die aus der Rechnungslegung 2014 verursachten Aufwendungen und Korrekturen in Höhe

von 73.599,44 EUR werden im Rahmen der EUSF-Richtlinie Hochwasser 2013 im Jahr 2014 zur Erstattung zusätzlich beantragt.

Für die Wiederherstellung des Rennwiesenareals entstanden per 31.12.2013 weitere außerordentliche Aufwendungen in Höhe von 1.099.857,02 EUR. Für die Begleichung dieser Schäden wurde auf Versicherungsleistungen der ÖSA zurückgegriffen. Der verbleibende Versicherungsbetrag wurde in einen passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt.

Im Rahmen von Spendeneinzahlungen erhielt die Landeshauptstadt Magdeburg Mittel in Höhe von 651.065,38 EUR, die zunächst als liquide Mittel aktiviert und als sonstige Verbindlichkeit aus Spenden passiviert wurden. Bis zum 31.12.2013 wurden davon an die Antragsteller bereits 358.733,70 EUR ausgereicht. Der Restbetrag wird weiterhin als sonstige Verbindlichkeit aus Spenden und als liquide Mittel in der Bilanz zum 31.12.2013 ausgewiesen.

Im zweiten Bereich wurden alle Folgekosten, welche durch die Reparaturen und den Wiederaufbau der beschädigten Infrastruktur entstanden sind, innerhalb des Deckungskreises Hochwasser Maßnahmepläne 2013 (DKHWMPL2013) abgebildet und überwacht. Die Folgekosten können sowohl investiver als auch konsumtiver Natur sein. Zum Zeitpunkt der Schadensfeststellung und der mittelfristigen Haushaltsplanaufstellung ab 2014 war es jedoch nicht möglich, diese Trennung im Vorfeld vorzunehmen. Vorläufig wurden somit zunächst sämtliche Bestandteile konsumtiv im Haushaltsplan 2014 erfasst. Die durch die Schäden verursachten Instandhaltungstaus und Investitionsbedarfe werden für die Jahre 2013 bis 2017 auf insgesamt 47.221.202 EUR eingeschätzt. Der Anteil des Jahres 2014 beträgt voraussichtlich 24.680.465 EUR.

Deckungskreis Gewerbesteuererinnahme und -umlage (DKGWU):

- in EUR -

DKGWU	Ansatz 2013*	Ergebnis per 31.12.2013	Erfüllung in %	Differenz zwischen Plan und Ist	in %
Erträge	93.500.000	101.949.809,34	-	8.449.809,34	-
Aufwendungen	7.272.300	8.831.365,00	-	1.559.065,00	-
Ergebnis	<u>86.227.700</u>	<u>93.118.444,34</u>		<u>6.890.744,34</u>	

Die hohe Zielstellung konnte im Jahr 2013 durch erhebliche Nachzahlungen für Vorjahre übererfüllt werden.

1.3 Gesamteinschätzung der Finanzlage aus der laufenden Verwaltungstätigkeit

- in EUR -

	Ergebnis 31.12.2012	Ergebnis 31.12.2013
Einzahlungen aus laufender Verwalt.tätigkeit	516.856.102,63	568.993.497,48
Auszahlungen aus laufender Verw.tätigkeit	504.744.666,89	535.968.230,77
Ergebnis:		
<u>Saldo aus lfd. Verw.tätigkeit</u>	<u>12.111.435,74</u>	<u>33.025.266,71</u>

Das Ergebnis ist positiv, die Einzahlungen übersteigen die Auszahlungen.

Der Finanzsaldo aus der laufenden Verwaltungstätigkeit hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 20,9 Mio. EUR erhöht. Dies begründet sich gegenüber dem Vorjahr insbesondere durch höhere Einzahlungen bei den Steuern und ähnlichen Abgaben in Höhe von +24,7 Mio. EUR, von Zuwendungen und allgemeinen Umlagen mit +24,4 Mio. EUR (insbesondere Landeszuwendungen für die Grundsicherung Arbeitssuchender; für laufende Zwecke; für Ausgaben im Rahmen des KiFöG und Soziales), öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten mit +7,3 Mio. EUR und sonstigen Einzahlungen mit +1,8 Mio. EUR.

Darüber hinaus relativiert sich der positive Finanzsaldo aus der laufenden Verwaltungstätigkeit (+33.025.266,71 EUR) ebenso über die Belastungen, die aus der Investitionstätigkeit in Höhe von -13.638.398,84 EUR sowie aus der Finanzierungstätigkeit und den Liquiditätsreserven in Höhe von -38.086.210,13 EUR zuzurechnen sind. Nach der Saldierung mit dem positiven Finanzergebnis des Verwahrbereiches in Höhe von 19.401.828,18 EUR ergibt sich ein Finanzmittelüberschuss in Höhe von insgesamt **702.485,92 EUR**.

Der v. g. positive Finanzmittelbetrag 2013 lässt die liquiden Mittel in der gleichnamigen Bilanzposition von 8.993.621,28 EUR per 31.12.2012 auf 9.696.107,20 EUR per 31.12.2013 wachsen.

2. Gesamteinschätzung der Finanzlage aus der Finanzierungstätigkeit

Das Ergebnis aus der Finanzierungstätigkeit per 31.12.2013 setzt sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt zusammen:

- in EUR -

	Ergebnis 31.12.2012	Ergebnis 31.12.2013
Einzahlungen aus Aufnahme von Krediten für Invest. u. Investfördermaßnahmen, sonstige Einzahlungen Finanztätigkeit	0,00	0,00
Auszahlung für Tilgung v. Krediten für Invest. u. Investfördermaßnahmen, sonstige Auszahlungen Finanztätigkeit	-18.986.699,79	-20.203.692,87
Saldo aus der Aufnahme und der Rückzahlung von Krediten zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit	7.600.000,00	-20.500.000,00
<u>Saldo aus Finanzierungstätigkeit (FR):</u>	<u>-11.386.699,79</u>	<u>-40.703.692,87</u>
Einzahlungen aus der Auflösung von Liquiditätsreserven	4.458.159,50	2.617.482,74
Auszahlungen an Liquiditätsreserven	-3.690.000,00	0,00
<u>Saldo aus Inanspruchnahme von Liquiditätsreserven:</u>	<u>768.159,50</u>	<u>2.617.482,74</u>

Das Ergebnis der Finanzrechnung in Höhe von 11.386.699,79 EUR ist vom Rechnungsjahr 2012 zum Rechnungsjahr 2013 um 29.316993,08 EUR auf 40.703.692,87 EUR gestiegen. Hier zeigt sich deutlich die höhere Tilgung für die Rückzahlung der Liquiditätskredite gegenüber dem Jahr 2012.

Die Auszahlungen für Tilgungen in Höhe von 20.203.692,87 EUR sind im Vergleich zum Vorjahr um 1.216.993,08 EUR gestiegen. Sie beinhalten die ordentliche Tilgung für Investitionskredite in

Höhe von 15.789.712,06 EUR, für PPP-Pakete 1-4, KGE in Höhe von 3.511.609,20 EUR und für Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket II in Höhe von 902.371,61 EUR.

Der zahlungsunwirksame Tilgungszuschuss Stark II in Höhe von 7.557.783,50 EUR wird nicht in der Finanzrechnung abgebildet, sondern reduziert bilanziell den Schuldenstand und wird als außerordentlicher Ertrag in der Ergebnisrechnung gebucht.

Die Rückzahlungen von Krediten zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit überstiegen die Aufnahmen in Höhe von 20.500.000,00 EUR. Der Liquiditätskredit mit einem Anfangsbestand 2013 von 20.500.000,00 EUR konnte somit vollständig zurückgeführt werden. Hier zeigt sich die gewachsene Wirtschaftlichkeit der Landeshauptstadt Magdeburg gegenüber dem Haushaltsjahr 2012.

Die Einzahlungen in Höhe von 2.617.482,74 EUR aus der Auflösung von Liquiditätsreserven beinhalten die Tilgung der ausgereichten Darlehen (Ausleihungen) der Magdeburger Hafen GmbH, Messe- und Veranstaltungsgesellschaft GmbH, KGE Kommunalgrund GmbH, Magdeburger Zoologischer Garten GmbH, Wohnen und Pflegen GmbH. Die Einzahlungen sind vertragsgemäß vom Vorjahr um 1.840.76,76 EUR gesunken.

Auszahlungen aus Liquiditätsreserven wurden im Rechnungsjahr 2013 nicht getätigt.

3. Gesamtschätzung der Finanzlage aus der Investitionstätigkeit (investiver Haushalt)

Die Finanzrechnung aus der Investitionstätigkeit weist im Rahmen des Jahresabschlusses 2013 folgenden Stand auf:

Finanzrechnung des investiven Haushaltes 2013

- in EUR -

	Planansatz 2013	fortge- schriebener Ansatz 2013* (HH-Plan inkl. HH- Rest, ÜPL, APL)	Ist des Haushalts- jahres 2013 (per 31.12.2013)	in %
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	42.472.500,00	65.293.666,71	25.016.945,30	38,31
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	-42.472.500,00	-71.684.593,16	-38.655.344,14	53,92
<u>Saldo aus der Investitionstätigkeit</u> (lt. Haushaltsplan u. -rechnung 2013)	<u>0,00</u>	<u>-6.390.926,45</u>	<u>-13.638.398,84</u>	<u>213,40</u>

* Der fortgeschriebene Ansatz 2013 beinhaltet neben den Planansätzen des HH-Jahres 2013 auch die übertragenen investiven Auszahlungsermächtigungen aus dem HH-Jahr 2012 sowie alle über- und außerplanmäßigen Auszahlungsansätze des HH-Jahres 2013.

Der Vergleich zwischen den Einzahlungen und Auszahlungen (Saldo) im investiven Haushalt zeigt per 31.12.2013 zunächst ein Defizit in Höhe von 13.638.398 EUR.

Dieses Defizit wird zudem um 3.077.966,01 EUR durch genehmigte Deckungen (Minderaus- bzw. Mehreinzahlungen aus der lfd. Verwaltungstätigkeit) des konsumtiven Haushaltes auf 10.560.432,83 EUR reduziert. Die Mehreinzahlungen bzw. Minderauszahlungen, welche hier zur Deckung herangezogen worden sind, beziehen sich auf die Finanzrechnung aus laufender Verwaltungstätigkeit und werden daher in der Finanzrechnung aus der Investitionstätigkeit nicht ausgewiesen. Insoweit reduziert sich das Defizit der Finanzrechnung aus der Investitionstätigkeit

keit unter Beachtung dieser Deckungsmittel auf insgesamt 10.560.432 EUR (siehe nachfolgende Tabelle).

- in EUR -	
	Ergebnis 31.12.2013
Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit	25.016.945,30
Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit	-38.655.344,14
<u>Saldo aus der Investitionstätigkeit</u> <i>(lt. Haushaltsrechnung 2013)</i>	<u>-13.638.398,84</u>
<i>abzüglich Deckungsmittel aus der Aufnahme von Krediten (Finanzrechnung aus der Finanzierungstätigkeit)</i>	0,00
<i>abzüglich Deckungsmittel für apl-/üpl-Auszahlungen der Investitionstätigkeit aus Mehreinzahlung/Minderauszahlungen der lfd. Verwaltungstätigkeit (Finanzrechnung aus der lfd. Verwaltungstätigkeit)</i>	3.077.966,01
<u>Saldo aus der Investitionstätigkeit unter Berücksichtigung der Deckungsmittel aus der Finanzrechnung der Finanzierungs- und der lfd. Verwaltungstätigkeit</u>	<u>-10.560.432,83</u>

Das danach verbleibende Defizit von 10.560.432 EUR resultiert aus der bisher bereits erfolgten Vorfinanzierung einzelner Investitionsmaßnahmen für die die geplanten Fördermittel entsprechend ihrer im Haushaltsplan 2013 und den Vorjahren festgeschriebenen Planförderquote per 31.12.2013 noch nicht eingegangen sind. Zur Sicherstellung, dass die Vorfinanzierung dieser Maßnahmen durch die Fachbereiche/Ämter in den folgenden Haushaltsjahren wieder ausgeglichen wird, wurden für diese Maßnahmen im Rahmen des Jahresabschlusses 2013 übertragene Einzahlungsermächtigungen gebildet. In Summe wurden investive Einzahlungsermächtigungen (Einnahmereste) in Höhe von 37.790.748,22 EUR, davon 16.881.585,66 EUR aus Vorjahren, in das Haushaltsjahr 2014 übertragen.

Vom Fachbereich Finanzservice wurde eine Fördermitteltabelle (**Anlage 12**) über alle veranschlagten Einzahlungen (Fördermitteln) des Haushaltsjahres 2013 zusammengestellt. Die Fließquote liegt bei **29,87 %**.

Die Bewilligungsquote mit 19.431.501,11 EUR bewilligter Fördermittel zu den geplanten Fördermitteln in Höhe von 25.785.700,00 EUR liegt mit Stand per 31.12.2013 bei 75,36 %. Aufgrund der defizitären Haushaltslage der LH MD konnten für die Maßnahmen *Süd-West-Rampe Magdeburger Ring/Brennecke Straße, Rampe Magdeburger Ring/Lemsdorfer Weg, Brücke Magdeburger Ring/Halberstädter Straße, Ausbau Magdeburger Ring (Fahrriechung Süd zwischen Mittagstraße bis A.-Vater-Straße) und Berliner Chaussee* zusätzlich zu den geplanten und bewilligten Mitteln aus dem EntflechtG, weitere Anträge auf FAG-Mittel (Zuschuss zum Eigenanteil) gestellt werden, die auch bewilligt wurden.

Von den geplanten Fördermitteln in Höhe von 25.785.700,00 EUR wurden per 31.12.2013 7.702.230,38 EUR kassenwirksam (29,87 %).

Fördermittel 2013	Ist per 31.12.2013	Bewilligungsquote	Fließquote 2013
25.785.700,00 EUR	7.702.230,38 EUR	75,36 %	29,87 %

Mindereinnahmen im Vergleich zu den veranschlagten Planansätzen des Haushaltsjahres 2013 entstanden z. B. im Dezernat IV für das Vorhaben „EFRE Schulstandort A.-Vater-Straße“ in Höhe von 1.269.878,36 EUR, „Grundschule Am Kannenstieg EFRE“ in Höhe von 1.082.430,38

EUR, „EFRE FÖSL Comenius“ in Höhe von 686.450,52 EUR und „EFRE BbS I Eike von Repgow“ in Höhe von 451.172,37 EUR. Bei diesen Maßnahmen existieren darüber hinaus teilweise auch noch entsprechende übertragene Einzahlungsermächtigungen aus Mindereinzahlungen der Vorjahre.

Im Berichtszeitraum wurden insgesamt Einnahmen aus Straßenausbau- und Erschließungsbeiträgen in Höhe von 1.502.502,19 EUR realisiert. Bei einem fortgeschriebenen Planansatz in Höhe von 2.236.489,98 EUR entspricht dies einer anteiligen Erfüllung von 67,18 %.

Zimmermann

Anlagen:

- Anlage 1 – Quartalseinschätzung Budgets 0 – 7 konsumtiver Haushalt,
- Anlage 2 – Inanspruchnahme ausgewählte Deckungskreise konsumtiver Haushalt,
- Anlage 3 – Übersicht über Fördermittel 2013.